

Zusammenfassung

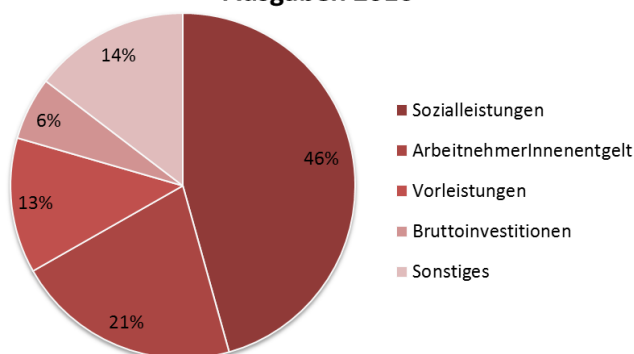
- Sparen des Staates und die Kürzung öffentlicher Leistungen führen zu einer **Umverteilung** von unten nach oben
- **Investitionen** können den Arbeitsmarkt beleben und damit das BIP-Wachstum ankurbeln
- Einnahmen und Ausgaben um jeden Preis anzugleichen („schwarze Null“) macht wenig Sinn. Viel wichtiger ist die Frage, wer Steuern zahlt und wer von Ausgaben profitiert! **Nein zum Sozialabbau!**

Schwarze Null?

Unter einer „schwarzen Null“ wird in der politischen Diskussion ein ausgeglichenes Budget verstanden. Früher war der Begriff des **Nulldefizits** gebräuchlicher. Schon die Blau-Schwarze Regierung in den Jahren 2000 bis 2006 schrieb sich zuerst ein Nulldefizit und danach eine Senkung der Abgabenquote auf die Fahnen. Damals versuchte die Regierung, das „Nulldefizit“ vor allem durch Kürzungen im Sozialbereich zu erreichen (als sogenannte Maßnahmen zur Erhöhung der „sozialen Treffsicherheit“ verkauft: Personalabbau und Verwaltungsreform, Studiengebühren, Pensionsreform, etc.). Um das Thema seriös zu betrachten, sollte aber zuerst die **Struktur der Einnahmen- und Ausgabenseite des Budgets** betrachtet werden. Der nächste Schritt muss sich dann den damit zusammenhängenden Quoten (Einnahmen, Abgaben, Defizit, Schuldenstand, etc.) widmen, die diese nominellen Werte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) darstellen.

Ausgaben- und Einnahmenentwicklung

Ausgaben 2016

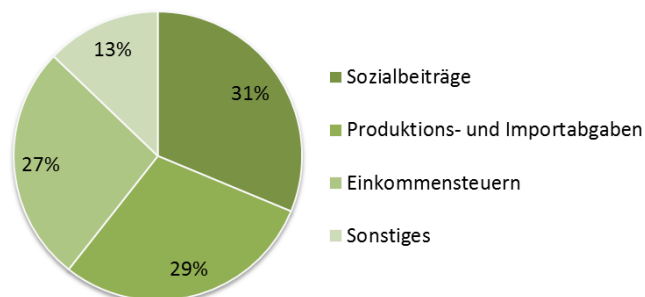


Quelle: Statistik Austria, Einnahmen und Ausgaben des Staates; 3. Juli 2017

Ein großer Teil (rund 46%) der Gesamtausgaben der öffentlichen Hand ging im Jahr 2016 in Sozialleistungen (monetäre und Sachleistungen; z.B. Pensionen, Familienbeihilfe, Krankenanstalten, etc.), rund 21% in Löhne und Gehälter, 13% in Vorleistungen und rund 6%

in Investitionen. Der Rest (rund 14%) finanzierte Subventionen, Zinsen oder Vermögenstransfers (z.B. an die ÖBB, die Wiener U-Bahn oder Lawinen- und Hochwasserschutz). Insgesamt betragen die Staatsausgaben im Jahr 2016 rund 178,5 Mrd. € (ca. 51,1% des BIP = Ausgabenquote).

Einnahmen 2016



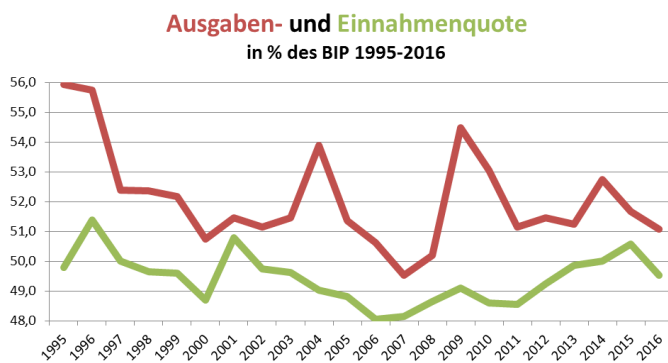
Quelle: Statistik Austria, Einnahmen und Ausgaben des Staates; 3. Juli 2017

Im Jahr 2016 kamen rund 31% der Staatseinnahmen aus Sozialbeiträgen (an die Sozialversicherung), aus Produktions- und Importabgaben (z.B. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer) kamen rund 29%, aus Einkommensteuern rund 27% der gesamten Einnahmen. Die sonstigen Einnahmen (rund 13%) umfassen hier Produktionserlöse oder Vermögenseinkommen. Insgesamt betragen die Staatseinnahmen im Jahr 2016 rund 173,1 Mrd. € (49,5% des BIP = Einnahmenquote).

Quoten

Die Darstellung in Quoten zeigt den Anteil der jeweiligen Kategorie im Vergleich zum BIP. Diese Darstellung erlaubt einerseits vereinfachte **internationale Vergleiche** (z.B. wieviel gibt ein Staat für Löhne und Gehälter aus?), andererseits aber auch eine Vergleichbarkeit über mehrere Jahre hinweg. Würde man nur die nominellen Steigerungen vergleichen ohne diese in Relation zu setzen, würde man etwa die Inflation oder auch die Rückzahlungsfähigkeit des Staates ignorieren. Wenn wir die Entwicklung der

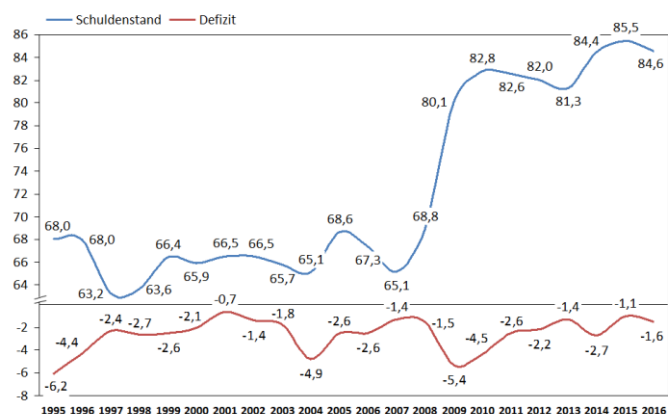
Ausgaben gemessen am BIP in den letzten 30 Jahren betrachten, kommen wir zu einem vielleicht **unerwarteten Ergebnis**: Zwar ließ sich ein Anstieg der Staatsausgaben von 49,5% auf 56,4% des BIP beobachten, doch dies geschah zwischen 1980 und 1995. Seit damals gibt es einen rückläufigen Trend, auch wenn die hohen Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise die Quote wieder von ihrem Tiefststand 2007 entfernt haben. Die **Einnahmenquote** zeigt ein ähnliches Verhalten im Zeitverlauf:



Quelle: Statistik Austria, Einnahmen und Ausgaben des Staates, 3. Juli

Defizit und Schuldenstand

Der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates stellt den Finanzierungssaldo bzw. das Defizit dar. Die Entwicklung des Defizits und des Schuldenstandes (beide wieder als Quote im Verhältnis zum BIP) sollen in der nächsten Grafik im Zeitverlauf 1995 bis 2016 dargestellt werden (Quelle wiederum Statistik Austria):



Durch die relativ hohen Wachstumsraten des BIP lag die Staatsschuldenquote zwischen den 1990er Jahren und 2007 immer zwischen 63% und 68% des BIP. Erst durch die massiven Rettungsprogramme für Pleitebanken stieg die Schuldenquote stark an (fast um ein Drittel!) und bleibt seither auf diesem hohen Niveau. In der Darstellung sehen wir ebenfalls, dass das Defizit nur einen relativ geringen Einfluss auf die Schuldenquote hat – das Wachstum bzw. eben das Nicht-Wachstum des BIP und ebenso die öffentlichen

Schuldenübernahmen der Pleitebanken beeinflussten die Quote stark. Die Staatsausgaben sind also offensichtlich nicht der Schuldentreiber und auch nicht die Hauptursache der aktuellen Herausforderungen. Wären Phantasien wie die „schwarze Null“ in der Krisenphase umgesetzt worden, wäre die Entwicklung freilich fatal gewesen. Derlei Ideen sind zwar gesellschaftlich und wirtschaftlich kontraproduktiv, als Teil eines **neoliberalen Politikverständnisses** aber trotzdem beliebt. Nur vor der Drohkulisse „ausufernder Schulden“ kann der „Traum“ vom schlanken Staat (mit privatisierten Sozialausgaben, weniger öffentlicher Infrastruktur, etc.) durchgesetzt werden, der mit massiven Einschnitten für große Teile der Bevölkerung verbunden wäre. Wie uns die Erfahrung der Wirtschaftskrise gezeigt hat, braucht es aber einen funktionierenden Sozialstaat mit ausreichenden Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherungen, um eine Krise abzufedern und Beschäftigung und Nachfrage zu stabilisieren. Durch weitere **Investitionsprojekte** gerade in den Bereichen nachhaltiger Infrastruktur oder Klimawandel oder durch die Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Vorhaben würde aber nicht nur mehr Wohlstand geschaffen werden, sondern langfristig die Schuldenquote sogar sinken (weil das BIP im Nenner größer wäre und die Neuverschuldung durch Mehreinnahmen insbesondere aufgrund höherer Beschäftigung das Defizit reduzieren würde).

Warum also eine „schwarze Null“ als Ziel?

Es macht ökonomisch wenig Sinn, Einnahmen und Ausgaben permanent angleichen zu wollen. Vielmehr sollte hinterfragt werden, wer Abgaben und Steuern zu tragen hat und wer von den öffentlichen Ausgaben profitiert. Abgaben und Steuern zahlen derzeit nämlich vor allem die Arbeitenden – nicht nur die Lohn- und Einkommensteuer und SV-Beiträge, sondern auch Umsatzsteuer etc. Würden niedrigere EinkommensbezieherInnen weiter von Steuern und Abgaben entlastet werden, hätte das positive Effekte auch auf das BIP. Ein höheres BIP wiederum senkt alle Quoten – Staatsausgaben-, Abgaben- oder auch die Schuldenquote – automatisch. Ein Nulldefizit („schwarze Null“) kann also derzeit nur als politischer Versuch gewertet werden, Sozialabbau und eine **noch größere Umverteilung** von unten nach oben zu betreiben. Daher wären ein stärkerer Sozialstaat und ein progressiveres Steuersystem sinnvollere Ziele als ein Nulldefizit.

Weitere Infos und Quellenangaben unter:

- BEIGEWUM-Blog – www.beigewum.at/factsheet/
- Statistik Austria – www.statistik.gv.at
- Zivilgesellschaftliches Budget – www.wege-aus-der-krise.at